

Inhalt

- | | |
|------|---|
| 1-5 | Im Blickpunkt <ul style="list-style-type: none"> • Hauptversammlung des Deutschen Städtetages |
| 6-13 | Forum <ul style="list-style-type: none"> • Auszüge aus den Reden von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesministerin Andrea Nahles, Dr. Ulrich Maly und Dr. Stephan Articus • Dresdner Erklärung „Wachsendes Gefälle zwischen den Städten – Entwicklungschancen für alle sichern“ • Foren der Hauptversammlung |
| 15 | Personalien |
| 16 | Termine |

Städte sind Orte gelebter Demokratie – Leistungsfähigkeit der Städte stärken

Fragen zur Versorgung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern brennen den Städten unter den Nägeln. Deshalb ist es gut, dass Bund und Länder nach den jüngsten Flüchtlingsgipfeln den Umgang mit der wachsenden Zahl von Menschen, die zu uns kommen, jetzt deutlich stärker als gesamtstaatliche Aufgabe sehen. In die folgenden Beratungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe über dauerhafte und strukturelle Hilfen sollten die Kommunen einbezogen werden.

Aber das ist beileibe nicht das einzige Thema auf unserer Agenda: In den kommenden zwei Jahren werden uns zum Beispiel der demografische Wandel, die Energiewende und die Rolle unserer Stadtwerke, die nachhaltige Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur und die Diskussion zur Eingliederungshilfe, zur Entlastung von Sozialausgaben sowie die Teilhabe- und Bildungsgerechtigkeit weiter beschäftigen.

Es ist mir wichtig, dass wir bei all diesen Fragen gegenüber Bund und Ländern deutlich machen, welche Bedeutung die Städte für eine gute Zukunft haben als Lebensraum, als Wirtschaftsstandort und als Ort der gelebten Demokratie. Das zeigen auch zentrale Aussagen der „Dresdner Erklärung“, die während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages verabschiedet wurde: Wir wollen, dass die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern so gestaltet werden, dass die Leistungsfähigkeit der Kommunen gestärkt wird. Wir wollen, dass die Kommunen nachhaltig von Sozialausgaben entlastet werden und dass sie wieder mehr investieren können. Wir wollen, dass alle Städte wieder in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben auch tatsächlich wahrzunehmen, denn das ist für die Lebenschancen der Menschen essentiell. Deshalb müssen strukturschwache Kommunen und Regionen zielgenau gefördert und die Verkehrsinfrastruktur zukunftssicher finanziert werden. Und am Ende brauchen wir auch eine Regelung, die Perspektiven für einen Abbau von Altschulden schafft. Die Hauptversammlung hat gezeigt: Das wachsende Gefälle zwischen den Städten ist ein Problem, um das wir uns gemeinsam kümmern müssen und wollen. Dafür fordern wir als Solidargemeinschaft der Städte die Solidarität von Bund und Ländern. Denn alle Städte brauchen Entwicklungschancen.



Dr. Eva Lohse
Präsidentin des Deutschen Städtetages
Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen am Rhein

Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dresden: Gefälle zwischen den Städten – Entwicklungschancen sichern

Die wachsenden Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen und Regionen und die Folgen für die Städte standen im Mittelpunkt der 38. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 9. bis 11. Juni 2015 in der Landeshauptstadt Dresden. Unter dem Motto: „Wachsendes Gefälle zwischen den Städten – Entwicklungschancen für alle sichern“ wurden Ursachen des Auseinanderdriftens diskutiert sowie Handlungsansätze, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Die Städte appellierten an Bund und Länder, gleichwertige Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik zu sichern und bei der Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen finanzielle Gestaltungsspielräume für alle Städte zu schaffen.

Hauptredner der Hauptversammlung waren neben der Spitze des Deutschen Städtetages Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles. Während der Tage in Dresden diskutierten mehr als 1000 Delegierte und Gäste in vier Fachforen (siehe Infokasten auf Seite 13) zu folgenden Themen:

- Städte im Abschwung – Städte im Aufschwung: Getrennte Welten?
- Arme Städte – arme Bürger? Strategien für Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit angesichts unterschiedlicher Rahmenbedingungen
- Infrastrukturelle Herausforderungen der Zukunftsstadt
- Der demografische Wandel als Herausforderung und Chance – Wie agieren die Städte?

Maly: Gesamtstaatliche Verantwortung für das Thema Asyl

Der Präsident des Deutschen Städtetages und Nürnberger Oberbürgermeister, Dr. Ulrich Maly, mahnte zu Beginn seiner Rede von Bund und Ländern Respekt vor der kommunalen Ebene an und forderte eine angemessene Einbeziehung der Kommunen bei bedeutsamen kommunalen Themen. Dazu zählten etwa Fragen der Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern ebenso, wie die anstehende Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Maly forderte in seiner Rede ein klares

Bekenntnis von Bund und Ländern zur gesamtstaatlichen Verantwortung für das Thema Asyl, eine stärkere Konzentration auf die nötige Integrationsarbeit und ein beschleunigtes Verfahren für offensichtlich unbegründete Asylbegehren sowie weitere Unterstützung in den Fragen Wohnungsbau, Sprach- und Integrationskurse, Gesundheitsversorgung, Kita- und Schulversorgung sowie Arbeitsvermittlung. Mit Blick auf die Wohnungspolitik lobte der Präsident die Mietpreisbremse. Damit habe die Bundesregierung einer wichtigen Forderung des Deutschen Städtetages entsprochen. Wichtig sei es weiterhin, zügig und in ausreichender Zahl zu bezahlbaren Wohnungen zu kommen. Hier sieht Maly auch den Bund gefordert, möglichst schnell geeignete Anreize zu entwickeln, zum Beispiel über die Wohnungsbau- und die Städtebauförderung oder über weitere Instrumente. Aber es dürfe auch der Leerstand in manchen Städten nicht aus den Augen verloren werden. Beide Herausforderungen müssten beachtet werden: Wachstum hier, Leerstand dort. Hinsichtlich des Klimaschutzes, der Energiewende und der künftigen Energieversorgung in Deutschland verwies der Städtetagspräsident auf die entscheidende Rolle der Städte und warnte gleichzeitig vor übereilten Entscheidungen der Bundesregierung zu Lasten der Stadtwerke: „Die Energiemärkte der Zukunft werden dezentraler werden. Es wäre in höchstem Maße fahrlässig und eine inakzeptable Verschwendung volkswirtschaftlichen Vermögens, wenn wir genau die Strukturen – also unsere Stadtwerke –, von denen wir wissen, dass wir sie später brauchen werden, heute gefährden würden.“

Nachdrücklich hob Maly in seiner Rede vor den Delegierten die Bedeutung der Städte für das Zusammenleben der Menschen hervor. Er bekräftigte mit Blick auf die Reform der föderalen Finanzbeziehungen Forderungen des Deutschen Städtetages nach Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben, nach mehr Investitionen in die Infrastruktur, nach Hilfen für strukturschwache Regionen und Kommunen und für die Entschuldung finanzschwacher Kommunen sowie nach einer Fortführung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG). Der Städtetagspräsident bekräftigte: „Wir kämpfen als Städte nicht um Steuereuros von Bund und Ländern nur um des Geldes willen, sondern wir gestalten damit die Lebensqualität in unseren Städten. Wir investieren in für die deutsche Wirtschaft existenzielle Infrastruktur sowie in Bildungsgerechtigkeit und soziale Teilhabe. Wir nehmen die

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ernst. Wir betreiben den Kulturstaat Bundesrepublik Deutschland. Das alles gibt es nicht zum Nulltarif.“

Articus: Strukturförderung neu beginnen

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, ging in seiner Rede auf die wachsenden Unterschiede zwischen finanzschwachen und finanzstarken Städten und die Folgen für die Lebenswirklichkeit der Menschen ein: In den meisten ärmeren Städten gebe es eine überdurchschnittlich große Zahl hilfebedürftiger, armer, arbeitsloser, nicht ausreichend integrierter Menschen. Dort sei der größte Teil der knappen Mittel in den Sozialhaushalten der Städte gebunden. Investitionshaushalte seien zu Sozialhaushalten geworden. Es komme darauf an, die Ursachen der Strukturschwäche zu bekämpfen, damit dieser Teufelskreis zerschlagen werde.

Um die Probleme dauerhaft zu lösen, schlug Articus ein neu praktiziertes Leitbild der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse vor, das an Erfahrungen nach der Deutschen Einheit anknüpfe. Das hieße: Unterschiedliche regionale Schwerpunkte bei Ordnungs- und Entwicklungsaufgaben setzen, Fördermittel räumlich und sachlich gezielter einsetzen und regionale Eigenkräfte stärken, um Strukturschwäche zu überwinden. Voraussetzung für einen Entwicklungsschub strukturschwacher Städte und Regionen sei allerdings eine Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik. Altschulden müssten auch mit Hilfe des Bundes getilgt werden können, machte Articus deutlich. Der Schutz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sei gerade in den Ländern am dringendsten, in denen die dafür bereitstehenden Mittel am geringsten sind. Mit Blick auf die Verhandlungen über die Reform der Finanzbeziehungen forderte Articus Infrastruktur und Investitionen zu fördern. Das sei nachhaltiger als immer wieder Löcher bei den Sozialausgaben zu stopfen. So verstanden, biete das Leitbild der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auch die Chance für einen selbsttragenden stärkeren sozialen Ausgleich.

Schäuble: Stärkung der Kommunen hat Priorität

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble verwies mit Blick auf das Motto der Hauptversammlung auf die Verantwortung der Länder für eine hinreichende Finanzausstattung der Kommunen. Er bestätigte allerdings auch, dass der Bund sich seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bewusst sei und deshalb

auch in dieser Legislaturperiode Prioritäten für die Stärkung der Kommunen gesetzt habe, beispielsweise durch Entlastungen im Vorgriff auf ein Bundesteilhabegesetz und durch Bundesmittel für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen. Darüber hinaus wurde ein Sondervermögen zur Förderung von Kommunalinvestitionen für finanzschwache Kommunen auf den Weg gebracht.

Nahles: Eingliederungshilfe reformieren

Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, sicherte den Kommunen Unterstützung bei der Reform der Eingliederungshilfe zu. Sie versicherte, kein Bundesteilhabegesetz vorzulegen, was Leistungsverbesserungen enthält, ohne dass dafür zusätzliche Mittel auch aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden. Dafür wolle sie sich engagieren. Außerdem dankte sie den Städten und allen Haupt- und Ehrenamtlichen für ihr Engagement bei der Flüchtlingsversorgung und den Integrationsangeboten. Zudem trete sie dafür ein, die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen weiter zu verbessern. Beispiel dafür sei das Projekt „Soziale Teilhabe“.

Dresdner Erklärung verabschiedet

Nach den Beratungen in den Foren verabschiedeten die Delegierten eine „Dresdner Erklärung“. Darin setzen sich die Städte für den sozialen Zusammenhalt und gerechte Teilhabechancen ihrer Bürgerinnen und Bürger ein. Sie appellieren an Bund und Länder, gleichwertige Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik zu sichern und bei der Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen finanzielle Gestaltungsspielräume für alle Städte zu schaffen. Auch die Städte seien gefordert, ihre verfügbaren Ressourcen so einzusetzen, dass sie möglichst große Effekte für die Zukunftsfähigkeit der Stadt gemessen an den örtlichen Herausforderungen erzielen.

Dr. Eva Lohse neue Präsidentin des Deutschen Städtetages

Die ehrenamtliche Spitze des Deutschen Städtetages wurde während der Hauptversammlung neu gewählt. Die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse ist neue Präsidentin des Deutschen Städtetages. Die Delegierten wählten die CDU-Politikerin für zwei Jahre ins höchste Amt des größten kommunalen Spitzenverbandes. Seit 2013 war sie bereits Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages. Dr. Eva Lohse ist seit dem Jahr 2002 Oberbürgermeisterin der Stadt

Ludwigshafen am Rhein und gehört bereits seit 2005 dem Präsidium an.

Lohse löst den bisherigen Präsidenten, den Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (SPD) ab, der von den Delegierten zum Vizepräsidenten gewählt wurde. Er stand seit April 2013 an der Spitze des Deutschen Städtetages. Maly ist seit 2002 Oberbürgermeister von Nürnberg und war zwischen 2009 und 2013 einer der stellvertretenden Präsidenten des Deutschen Städtetages. Als Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter der Präsidentin wählten die Delegierten in Dresden Oberbürgermeisterin Barbara Bosch, Reutlingen, Oberbürgermeister Peter Jung, Wuppertal, Oberbürgermeister Burkhard Jung, Leipzig, Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Augsburg, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr, sowie Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon, Freiburg im Breisgau. Neu in diesem Amt ist Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, der dem Präsidium des Deutschen Städtetages seit 2014 angehört. Nach dem Ausscheiden von Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr, aus dem kommunalen Amt am 20. Oktober 2015 wird Oberbürgermeisterin Charlotte Britz, Saarbrücken, in das Amt einer Stellvertreterin des Präsidenten aufrücken. Sie gehört dem Präsidium des Deutschen Städtetages seit 2013 an.

Helmut Dedy wird ab Juni 2016 Hauptgeschäftsführer

Während der Gremiensitzungen in Dresden wurden zudem die Weichen für einen Wechsel in der hauptamtlichen Spitze des Deutschen Städtetages im Jahr 2016 gestellt. Der Hauptausschuss des kommunalen Spitzenverbandes wählte Helmut Dedy (57) zum Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages ab dem 1. Juni 2016. Der Jurist und Diplom-Verwaltungswirt, der seit 2012 Ständiger Stellvertreter des Hauptgeschäftsführers und Finanzdezernent ist, wird dann die Nachfolge des langjährigen Hauptgeschäftsführers, Dr. Stephan Articus, antreten, der nach 17 Jahren an der Spitze der Hauptgeschäftsstelle in den Ruhestand treten wird. Dedy war vor seiner Tätigkeit beim Deutschen Städtetag 14 Jahre lang Beigeordneter für Finanzen und Kommunalwirtschaft sowie stellvertretender Hauptgeschäftsführer beim Deutschen Städte- und Gemeindebund.

Neue stellvertretende Hauptgeschäftsführerin und Finanzdezernentin des Deutschen Städtetages wird ab dem 1. Juni 2016 die bisherige Beigeordnete für Arbeit, Jugend, Gesundheit und Soziales, Verena Göppert (53). Die Juristin ist seit 1993 beim Deutschen Städtetag tätig und seit 2006 Sozialdezernentin.

Christian Ude zum Ehrenmitglied gewählt

Die Delegierten wählten den langjährigen Präsidenten und Vizepräsidenten des Deutschen Städtetages, den ehemaligen Münchner Oberbürgermeister Christian Ude zum neuen Ehrenmitglied. Christian Ude war sechs Jahre Präsident des Deutschen Städtetages in den Jahren 2005 bis 2009 und 2011 bis 2013. In der engeren Führungsspitze des Verbandes wirkte er bereits seit 2003 mit, darunter auch zwei Jahre als Vizepräsident und zwei Jahre als stellvertretender Präsident. Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München war er fast 21 Jahre lang. Der scheidende Präsident des Deutschen Städtetages, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, würdigte die große Leistung seines Amtsvorgängers: „Der Deutsche Städtetag hatte mit Christian Ude einen überragenden Kommunalpolitiker an seiner Spitze, der mit klarer Analyse und brillanter Überzeugungskraft zentralen Anliegen der Städte politisches Gewicht verliehen hat. Christian Ude war das Gesicht der Städte.“

Gespräch zur Flüchtlingsversorgung

Am Abschlusstag moderierte Mariam Lau, Journalistin im Hauptstadtbüro der Wochenzeitung „Die Zeit“, ein Gespräch zum Thema „Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern“. Die neugewählte Städtetagspräsidentin Dr. Eva Lohse sagte, eine wichtige Aufgabe neben der Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge sei es, die Aufnahmebereitschaft in der Bevölkerung zu erhalten. Dabei helfe es, Gespräche, Willkommensfeste und Begegnungen der Menschen zu ermöglichen. Alte Industriestädte wie Ludwigshafen seien erprobt mit dem Management von Zuwanderung. Schwierig werde es dann, wenn die Kosten für die Flüchtlingsversorgung nicht hinreichend von den Ländern erstattet werden und die Gelder dann an anderer Stelle schmerzhaft fehlten.

Mangelnder bezahlbarer Wohnraum sei wie schnell entzündlicher sozialer Sprengstoff, sagte Vizepräsident Dr. Ulrich Maly. Es dürfe nicht dazu kommen, dass Flüchtlingsfamilien, Alleinerziehende und Studenten zu Konkurrenten auf dem örtlichen Wohnungsmarkt werden, deshalb seien mehr Investitionen in den Wohnungsmarkt notwendig. Den Vorwurf, der Zustrom an Flüchtlingen und Asylbewerbern überfordere das deutsche Sozialsystem, wies Maly zurück. Das lasse sich nicht belegen. Er betonte, die Städte können Integration. Sie haben es bereits geschafft, beispielsweise Spätaussiedler und Gastarbeiter in großer Zahl zu integrieren.

Heinrich Alt, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, sagte, es komme darauf an, für die neu Angekommenen schnell die Bleibeperspektive zu klären. Außerdem müssten die Qualifikationen zu Beginn der Verfahren bereits erfasst werden. Und es müsse leichter werden, Sprachkurse anbieten zu können, denn Sprache sei der Schlüssel für die Integration in den Arbeitsmarkt.

Dr. Manfred Schmidt, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, machte darauf aufmerksam, dass längst nicht jeder Flüchtling der kommt, bleiben darf. Wer abgelehnt wird, müsse auch gehen oder rückgeführt werden. Sonst gebe es bald ein Akzeptanzproblem. Für die Menschen mit guter Bleibeperspektive sei ein bundeseinheitliches Konzept zur Vermittlung der deutschen Sprache gefragt. Zudem seien die Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder nicht ausreichend.

Lohse: Kontinuität im guten Miteinander

Die neugewählte Städtetagspräsidentin Dr. Eva Lohse betonte in ihrer Rede zum Abschluss der Hauptversammlung, dass es Kontinuität in der Sache und weiter ein gutes Miteinander in der Städtetagsspitze geben werde. In der kommunalen Familie sei man nur dann erfolgreich, wenn mit einer Stimme gesprochen werde. Eine drängende Aufgabe in der Arbeit des Deutschen Städtetages sei die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Aber auch die Reform der föderalen Finanzbeziehungen, die weitere Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben sowie die Problematik des wachsenden Gefälles zwischen den Städten werden neben anderen Fragen wichtige Themen ihrer Amtszeit sein. „Da werden wir noch dicke Bretter bohren müssen“.

Tillich warnt vor wachsender Kluft zwischen Städten

In seinem Grußwort warnte der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Stanislaw Tillich, vor einem weiter wachsenden Gefälle zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Städten in Deutschland. In den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten sei es gelungen, die Lücke bei der Wirtschaftskraft zwischen Ost und West ein Stück weit zu schließen, sagte Tillich. „Bei der Finanzkraft ist die Lücke aber nicht viel kleiner geworden. Ostdeutschland hat inzwischen etwa 75 Prozent der westdeutschen Wirtschaftskraft, aber nur gut 50 Prozent der westdeutschen Steuerkraft. Das liegt zu einem großen Teil an unserem progressiven Steuersystem. Dass diese Lücke zwischen Wirtschafts- und Steuerkraft und damit

bei den Einnahmen geschlossen wird, darum geht es bei den laufenden Verhandlungen zur Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern.“ Sachsen habe bei den Verhandlungen die Interessen der Kommunen fest im Blick, betonte der Regierungschef. Es gelte, deren Handlungsfähigkeit weiter zu stärken.

Hilbert: 25 Jahre kommunale Selbstverwaltung erfolgreich

Hilbert: Der Erste Bürgermeister der Landeshauptstadt Dresden, Dirk Hilbert, erinnerte in seinem Grußwort zu Beginn der Hauptversammlung an die Wiedergewinnung der kommunalen Selbstverwaltung vor 25 Jahren im Osten Deutschlands und die großen Veränderungen seither. Hilbert betonte, dass der Dresdner Weg zum konsequenten Schuldenabbau auch durch Verkauf von kommunalen Wohnungen der nun wieder wachsenden Stadt bis heute den Handlungsspielraum gebe, um investieren zu können, beispielsweise in notwendige Bildungsinfrastruktur und neue Kultureinrichtungen.

Hilbert betonte, das Thema Pegida sei kein Dresdner Phänomen und kein Ost-Problem. Inzwischen sei in Dresden ein Prozess im Gange, an dessen Ende hoffentlich mehr Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und der Bürgerschaft stehe. Den Städten komme dabei eine besondere Rolle zu, da sie den direkten Zugang zur Lebenswelt der Menschen hätten.

Interfraktionelle Frauensitzung: Diversity und Gender Mainstreaming

Die Interfraktionelle Frauensitzung während der Hauptversammlung befasste sich mit der kontroversen Diskussion von Diversity Management versus Frauenförderung und Gender Mainstreaming. Festgehalten wurde, dass Gender Mainstreaming und Managing Diversity grundsätzlich keine Gegensätze darstellten. Gemeinsame Ansatzpunkte fänden sich insbesondere dann, wenn die sozialpolitische Dimension miteinbezogen werde und sich die antidiskriminierenden Perspektiven der Managing Diversity mit der genderbezogenen Kritik an Strukturen verknüpfen.

Die nächste Hauptversammlung findet im Frühjahr 2017 in Nürnberg statt. Die Online-Dokumentation der Hauptversammlung mit Reden, Fotos sowie weiteren Materialien findet sich unter www.staedtetag.de. In Kürze wird auch eine gedruckte Dokumentation veröffentlicht.

Dresdner Erklärung „Wachsendes Gefälle zwischen den Städten – Entwicklungschancen für alle sichern“

Das Gefälle zwischen den Städten wächst

Die deutschen Städte betrachten mit Sorge, dass die Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen und Regionen wachsen. Das zunehmende Auseinanderdriften der finanziellen Möglichkeiten der Städte birgt Gefahren für die Gestaltungskraft von Politik. Die Entwicklungschancen strukturschwacher Städte gehen verloren.

Die finanzschwächeren Kommunen leiden unter einer sich selbstverstärkenden Spirale von schlechter Wirtschaftslage, schwieriger Sozialstruktur, hohen Sozialausgaben und niedrigen Einnahmen sowie abnehmender Standortattraktivität und schlechter werdender Infrastruktur. Doch auch wenn die Unterschiede in der Haushaltslage und dem Zustand der Infrastruktur in der öffentlichen Wahrnehmung den größten Raum einnehmen, ist es wichtig zu sehen, dass viele Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger von zu großen regionalen Unterschieden beeinträchtigt werden. Dazu gehören die Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsleben, gleiche Bildungschancen sowie hinreichende kulturelle und soziale Angebote vor Ort.

Der Verlust der finanziellen Handlungsspielräume bei einem Teil der Städte droht zu einem faktischen Verlust der kommunalen Selbstbestimmung zu werden. Die lokale Demokratie wird geschwächt, wenn deshalb kommunale Problemlösungskompetenzen ganz oder teilweise fehlen. Das bewährte Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung wird ausgehöhlt. Für die Bürgerinnen und Bürger droht der Verlust der ortsunabhängigen Chancengerechtigkeit.

Was die Städte tun können

Es ist bemerkenswert, welche Anstrengungen auch Städte mit schwieriger finanzieller Situation aufbringen, um Leistungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger aufrecht zu erhalten.

Die Städte sind gefordert, ihre verfügbaren Ressourcen so einzusetzen, dass sie möglichst große Effekte für die Zukunftsfähigkeit der Stadt gemessen an den örtlichen Herausforderungen erzielen.

Die Förderung des sozialen Zusammenhaltes vor Ort ist angesichts der sich verändernden Stadtgesellschaft eine vordringliche Aufgabe der Städte und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Neben den aktuellen Flüchtlings- und Zuwanderungsbewegungen erfordert eine immer vielfältiger werdende

Bevölkerungsstruktur allseitige Anstrengungen für ein gelingendes Miteinander in den Städten und Gemeinden.

Gerade weil die Kommunen die institutionellen Rahmenbedingungen für eine solide kommunale Finanzpolitik nicht unmittelbar (mit-)gestalten können, ist es Aufgabe und Chance der Kommunen und ihrer Spitzenverbände, sich lautstark und nachdrücklich für die Herstellung von Transparenz und Nachvollziehbarkeit im bisher undurchsichtigen Geflecht der Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Kommunen einzusetzen.

Die Städte brauchen Hilfe von Bund und Ländern

Bund und Länder müssen sich auf ihre jeweilige Verantwortung für strukturschwache Städte und Regionen besinnen. Maßgeblich muss dabei der politische Konsens zum Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse sein. Bund und Länder müssen auf dieses Ziel ausgerichtet finanzielle Gestaltungsspielräume für alle Städte erhalten bzw. schaffen. Bund und Länder sind gefordert, jenseits von zeitlich und finanziell begrenzten Konjunktur- und Unterstützungsprogrammen Verbesserungen für die drängendsten Problemfelder der Kommunen zu finden.

- **Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Kommunen transparent neu ordnen – Leistungsfähigkeit der Kommunen stärken**

Es muss zu einer transparenten und nachvollziehbaren Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen kommen. Dabei muss auch die Leistungsfähigkeit der Kommunen gestärkt werden.

- **Investitionskraft der Städte stärken, Investitionsrückstand abbauen**

Bund und Länder müssen (finanzielle) Rahmenbedingungen schaffen, die den Kommunen einen Abbau des vorhandenen Investitionsdefizits ermöglichen. Das Sondervermögen des Bundes für Investitionen in finanzschwachen Kommunen ist dafür ein guter Schritt, dem im Zuge der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen weitere Maßnahmen folgen müssen. Die Sanierung, Erneuerung und der punktuelle Ausbau der baulichen Infrastrukturen für Verkehr, Bildung, Gesundheit, Soziales und Kultur in den Städten ist nach den grundsätzlich übereinstimmenden Feststellungen des KfW-Kommunalpanels und der Umfrageergebnisse des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zu kommunalen Investitionen in einem Umfang von etwa 130 bis 150 Milliarden Euro in Rückstand geraten. Nur wenn alle

Kommunen wieder in die Lage versetzt werden, Investitionen nach den örtlichen Bedürfnissen zu tätigen, können sie aktiv das Lebensumfeld der Menschen gestalten. Investitionen sind der Schlüssel, um Lebensqualität und kommunale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern oder auszubauen. Etwa 60 Prozent der öffentlichen Investitionen sind kommunal. Wer kommunale Investitionen stärkt, stärkt deshalb auch den Standort Deutschland.

- **Kommunen nachhaltig von Sozialausgaben entlasten**

Während die den Kommunen für Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel unzureichend sind, steigen die Ausgaben der Städte für Sozialleistungen ungebremst. Die strukturschwachen Städte sind durch die Dynamik des Ausgabenzuwachses im Sozialbereich überproportional belastet. Gerade sie, aber auch die Städte insgesamt, brauchen dringend nachhaltige Entlastungen bei den Sozialausgaben. Die weitere Entlastung der Kommunen durch den Bund um 5 Milliarden Euro jährlich bei den Sozialausgaben muss – wie im Koalitionsvertrag zugesagt – kommen. Sie muss rechtzeitig in dieser Legislaturperiode beschlossen werden, damit die Kommunen in ihren Haushalten damit planen können. Außerdem ist es unabdingbar, dass die Länder die Kommunen bei den Leistungen für Flüchtlinge und Asylbewerber entlasten.

- **Alle Städte müssen ihre Aufgaben wahrnehmen können**

Alle Städte müssen in der Lage sein, ihre Aufgaben wahrzunehmen und die erforderlichen Dienstleistungen für die Menschen in ihrer Stadt zu gewährleisten. In erster Linie sind die Länder dafür zuständig, für eine adäquate Finanzausstattung ihrer Städte Sorge zu tragen. Aber auch der Bund steht in der Verantwortung, dass die hohe Dynamik des Aufwuchses der Sozialausgaben gestoppt wird.

- **Steuerungsmöglichkeiten bei den Sozialausgaben verbessern**

Die Städte brauchen zudem verbesserte Steuerungsmöglichkeiten bei den Sozialausgaben. Dies betrifft insbesondere die Erziehungshilfen in der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch die Hilfen für Menschen mit Behinderung oder die Hilfe zur Pflege. Regelangebote, z.B. in den Kindertagesstätten sollen besser mit Einzelfallhilfen verknüpft werden können. Auch sollten die Städte mehr Einfluss auf die Pflegeinfrastruktur haben.

- **Perspektiven für den Abbau kommunaler Altschulden schaffen**

Voraussetzung für das Gelingen und die Nachhaltigkeit unterstützender Maßnahmen für die Kommunen ist eine Altschuldenregelung, die Perspektiven für einen Abbau kommunaler Altschulden schafft.

- **Strukturschwache Regionen und Kommunen gezielt fördern**

Es muss eine gezielte Förderung strukturschwacher Regionen geben. Trotz der Fortschritte beim Aufbau Ost und bei der Bewältigung des Strukturwandels in manchen Regionen Westdeutschlands gibt es in Deutschland weiterhin erhebliche Disparitäten. Will man dem Gedanken der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse Rechnung tragen, muss es daher – auch nach 2019 – eine Unterstützung strukturschwacher Regionen geben. Dabei müssen auch die besonderen Problemlagen von Städten berücksichtigt werden. Städte mit einem hohen Anteil an finanziell schwachen und bildungsfernen Haushalten müssen anhand objektiver Kriterien ebenso unterstützt werden wie Städte, deren Wirtschaftskraft pro Einwohner deutlich unter dem Durchschnitt aller Städte liegt.

Die derzeitige Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sollte den Ausgangspunkt für ein solches gesamtdeutsches System zur Förderung strukturschwacher Regionen bilden.

- **Bildung fördern, Inklusion verwirklichen**

Für das Gelingen von Inklusion und Bildung ist das Zusammenwirken aller staatlichen Ebenen und der Zivilgesellschaft erforderlich. Alle Städte müssen in die Lage versetzt werden, ihren Beitrag dazu leisten zu können. Ziel ist dabei auch, die Teilhabechancen aller Menschen der Stadtgesellschaft unabhängig von ihrem sozialen Status zu ermöglichen.

- **Verkehrsfinanzierung auskömmlich ausgestalten**

Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gilt es, als einen wesentlichen Beitrag zur Daseinsvorsorge fortzuführen und auskömmlich zu finanzieren. Das Regionalisierungsgesetz muss dringend angepasst werden, um die stadt-regionalen Verkehre zukunftsfähig zu gestalten.

- **Städtebauförderung zielgenau ausrichten**

Städtebauförderung und soziale Wohnraumförderung müssen in ihrer Wirkung für sozialen Zusammenhalt und Wohngerechtigkeit in den Städten punktuell ausgebaut und zielgerichtet eingesetzt werden. Dabei geht es nicht allein darum, wachsenden Städten Unterstützung zuteilwerden zu lassen, um dem Wohnraumangel wirksam begegnen zu können und das Auseinanderdriften von Quartieren zu verhindern. Vielmehr müssen auch die konsolidierten und schrumpfenden Städte in ihren Anpassungsleistungen an den demografischen Wandel unterstützt werden. Hierbei spielt in der laufenden Legislaturperiode eine wichtige Rolle, die Stadtumbauprogramme Ost und West so zusammenzuführen, dass mit ihnen die größtmögliche Wirkung in den geförderten Städten erreicht werden kann.

Die gewählte ehrenamtliche Spitze des Deutschen Städtetages

Präsidentin

Dr. Eva Lohse,
Oberbürgermeisterin
der Stadt Ludwigshafen
am Rhein



Vizepräsident

Dr. Ulrich Maly,
Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg



Stellvertreterin

Barbara Bosch,
Oberbürgermeisterin
der Stadt Reutlingen



Stellvertreter

Peter Jung,
Oberbürgermeister
der Stadt
Wuppertal



Stellvertreter

Burkhard Jung,
Oberbürgermeister
der Stadt Leipzig



Stellvertreter

Dr. Kurt Gribl,
Oberbürgermeister
der Stadt Augsburg



Stellvertreterin

Dagmar
Mühlenfeld,
Oberbürgermeisterin der Stadt
Mülheim an der
Ruhr
(bis 20.10.2015)



Stellvertreter

Dr. Dieter Salomon,
Oberbürgermeister
der Stadt Freiburg
im Breisgau



Stellvertreterin

Charlotte Britz,
Oberbürgermeisterin
der Landeshauptstadt
Saarbrücken
(Stellvertreterin
des Präsidenten
ab 21.10.2015)



Ulrich Maly: Kommunen erwarten Respekt von Bund und Ländern

Auszüge aus der Rede von Städtetagspräsident Dr. Ulrich Maly am 10. Juni 2015 während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Die vollständige Rede ist zu finden unter www.staedtetag.de.

Wenn Bund und Länder sogenannte Asylgipfel abhalten und dort ein Thema behandeln, dessen operative Zuständigkeit überwiegend bei den Kommunen liegt – schließlich wird über Wohl und Wehe der Integration in den Städten und Gemeinden entschieden –, wenn die im Koalitionsvertrag vereinbarte Kommission zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen, bei der wir dabei wären, nicht einberufen wird, sondern stattdessen in verschiedenen Zirkeln ohne uns gesprochen wird, dann fehlt es an Respekt. (...) Aktuell gibt es nun wenigstens einen Lichtblick, der uns freut: Wir sind eingeladen, morgen an einer Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Ländern zur Asyl- und Flüchtlingspolitik teilzunehmen. (...)

Flüchtlinge – gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur gesamtstaatlichen Verantwortung und damit auch gesamtstaatlichen Bearbeitung für das Thema Asyl. Die öffentliche Debatte in Deutschland konzentriert sich auf die Vorgänge rund um die Erstaufnahme bis zum Bescheid durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das BAMF, also auf das statistisch gesehen erste halbe Jahr. Tatsache ist aber, dass die eigentliche Integrationsarbeit erst hinterher beginnt.

Wir können das, wir haben das millionenfach mit Gastarbeitern und Spätaussiedlern unter Beweis gestellt. Und wir begreifen Zuwanderung auch als Chance für die Stadtentwicklung. Aber erfolgreiche Integration gibt es eben nicht zum Nulltarif.

(...) Deshalb – und jetzt bin ich doch beim Geld – müssen Bund und Länder die Kosten der Erstaufnahme ohne kommunale Beteiligung tragen. Die Integrationsarbeit tragen wir dann schon, aber bitteschön unterstützt von Bund und Ländern in den Fragen Wohnungsbau, Sprach- und Integrationskurse, Gesundheitsversorgung, Kita- und Schulversorgung sowie Arbeitsvermittlung. (...)

(...) Wenn wir vermeiden wollen, dass sozialer Sprengstoff selbstentzündlich wird, dann dürfen wir nicht die alleinerziehende Mutter, die Geringverdienerfamilie mit vielen Kindern gegen die Flüchtlingsfamilie um die letzte bezahlbare Wohnung in die Konkurrenz schicken. (...)

Energiewende – wenig Klarheit, viele Fragezeichen

Die Energiemärkte der Zukunft werden dezentraler werden. Es wäre in höchstem Maße fahrlässig und eine inakzeptable Verschwendung volkswirtschaftlichen Vermögens, wenn wir genau die Strukturen – also unsere Stadtwerke –, von denen wir wissen, dass wir sie später brauchen werden, heute gefährden würden. Wer Stadtwerke stärken will, muss die KWK-Technologie besser fördern, das Strommarktdesign auf dezentrale Erzeugungsstrukturen besser ausrichten, die Modernisierung der Verteilernetze und die Konzessionsvergabe erleichtern sowie die Energieeffizienz vorantreiben. (...)

Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Wir kämpfen als Städte nicht um Steuereuros von Bund und Ländern nur um des Geldes willen, sondern wir gestalten damit die Lebensqualität in unseren Städten. Wir investieren in für die deutsche Wirtschaft existenzielle Infrastruktur sowie in Bildungsgerechtigkeit und soziale Teilhabe. Wir nehmen die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ernst. Wir betreiben den Kulturstaat Bundesrepublik Deutschland. Das alles gibt es nicht zum Nulltarif.

Und wenn wir diese existenziellen Bedürfnisse der Menschen nicht mehr befriedigen können, dann ist das ein Brandbeschleuniger für die Pegidas dieser Welt. Jeder Einzelne und jede Einzelne von uns hat in den vergangenen Monaten diese Debatten geführt. Diskussionen mit Menschen, die Zukunftsängste haben und die Ängste auf andere Bevölkerungsgruppen projizieren. Wir machen uns diese Ängste nicht zu eigen, aber wir müssen die Ursachen ernst nehmen, denn: Wer Angst hat, der erkennt das Wirkliche, vermeidet das Unangenehme und verpasst das Mögliche.

Unser Job ist es, den Menschen so viele Möglichkeiten zu bieten, dass sie das Mögliche nicht mehr verpassen müssen. Der Resonanzboden dafür ist unsere Stadt, egal ob groß oder klein, Nord-Süd-Ost-West, selbst egal, ob reich oder arm: Jede Stadt hat einen Möglichkeitenüberschuss und nicht einen Problemüberschuss.

Stephan Articus:**Wachsende Disparitäten und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse**

Auszüge aus der Rede von Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus am 10. Juni 2015 während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Die vollständige Rede ist zu finden unter www.staedtetag.de.

Wachsende Disparitäten

Wenn zu viele Bürger einer Stadt unter ungleichen Lebensbedingungen leiden, dann sind auch Städte von Disparitäten betroffen (...) Tatsächlich ist das die Situation der meisten ärmeren Städte, denen das Motto unserer Hauptversammlung in besonderer Weise gewidmet ist. Dort ist der größte Teil der knappen Mittel in den Sozialhaushalten gebunden; andere Aufgaben müssen demgegenüber oft zurückstehen. (...)

Im Jahr 2014 lag das Investitionsvolumen bei 22,2 Milliarden Euro. In den 1990er Jahren lag es noch bei über 30 Milliarden Euro pro Jahr. Dabei sind die regionalen Unterschiede extrem. (...)

Rolle des Bundes und der Länder

Die Entschuldungshilfen der Länder helfen – allerdings in zu geringem Maße – obgleich es Aufgabe der Länder, nicht des Bundes ist, die nötigen Finanzmittel bereit zu stellen (...) Der Bund hat gerade in der jüngeren Vergangenheit an verschiedenen Stellen versucht, Entlastungen für die Kommunen im Bereich der Sozialausgaben zu schaffen. (...) All dies sind große Hilfen, die allerdings vom Anstieg der Sozialleistungen in ihren Entlastungswirkungen geschwächt, wenn nicht neutralisiert werden. (...) Der Bund misst seine Hilfen an der Höhe seiner Leistungen, nicht an ihrer Gesamtwirkung für die Kommunen. Die Initiativen des Bundes haben den Anstieg der kommunalen Sozialleistungen verlangsamt, aber keineswegs gestoppt. So erstarren die Hilfebeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen und verfehlen ihr Ziel trotz immer höherer Mitteltransfers.

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Es stellt sich die Frage, was helfen kann, den Teufelskreis und die Abwärtsspirale der finanzschwächeren Kommunen zu durchbrechen? Ich schlage vor, ein neu praktiziertes Konzept der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse darauf hin zu überprüfen, ob es Disparitäten stoppen oder mindern kann. (...) Von einem neu praktizierten Programm spreche ich, weil dieses Konzept der Raumordnung schon einmal in einer besonderen Situation als Perspektive und Strategie

erfolgreich in Deutschland gedient hat. Damals führte die Deutsche Einheit zu gravierenden Veränderungen der räumlichen Rahmenbedingungen. (...) Auch heute befinden wir uns in einem Zustand gravierender Unterschiede in den Regionen. Nur nicht mehr in Ost-West – Unterscheidung, sondern sowohl in Ost und West. (...) Folgt man dem Leitbild der gleichwertigen Lebensverhältnisse als Programm werden unterschiedliche regionale Schwerpunkte bei Ordnungs- und Entwicklungsaufgaben gesetzt, Fördermittel räumlich und sachlich gezielter eingesetzt und die regionalen Eigenkräfte gestärkt. Es geht um die Förderung von Strukturen (...)

Was sind die Bedingungen für den Erfolg?

- Der Struktur-Politik muss wieder eine größere Rolle eingeräumt werden.
- Der Schutz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist gerade in den Ländern am dringendsten, in denen die dafür bereitstehenden Mittel am geringsten sind. Das müssen die Prozesse der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zentral berücksichtigen.
- Die Förderung neuer Infrastrukturen, Anstrengungen der Wirtschaftsförderung, Antworten auf den demografischen Wandel sind besonders wichtig.
- Es muss eine Lösung der Altschuldenproblematik geben. Die Kassenkredite der Kommunen belaufen sich inzwischen bundesweit auf alarmierende 50 Milliarden Euro. (...) nur eine Altschuldentilgung wäre ein Befreiungsschlag, der dringend erforderlich ist.
- Die Stärkung der Entwicklungs- und Wirtschaftskraft gerade auch angeschlagener Kommunen spielt die entscheidende Rolle, um Disparitäten unter Menschen und Städten zu überwinden.
- Flankiert werden müssen diese Ansätze von allseitigen Anstrengungen zur Steigerung der Effizienz von Sozialleistungen – auch über verbesserte Steuerungsmöglichkeiten der Entscheider, das heißt der Städte vor Ort.

(...) Gleichwertige Lebensverhältnisse – dieser Begriff ist die Leitidee. Wenn wir Entwicklungschancen für alle sichern wollen, brauchen wir einen neuen, beherzten Anlauf, dieses Leitbild mit Leben zu erfüllen. Für die Städte und für die dort lebenden Menschen.

Wolfgang Schäuble: Bundesregierung hat Kommunen entlastet

Auszüge aus der Rede von Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen, am 10. Juni 2015 während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Die vollständige Rede wird in Kürze in der Dokumentation abgedruckt.

Eine leistungsfähige kommunale Selbstverwaltung braucht eine hinreichende Finanzkraft, sonst bleibt sie graue Theorie ohne eine Grundlage in der Realität (...). Die Aufnahme und Unterbringung von Menschen, die in unserem Land Zuflucht suchen, ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Die Bundesregierung ist sich dieser gesamtstaatlichen Verantwortung bewusst und handelt danach (...). Die staatliche Gewalt in der Ordnung unseres Grundgesetzes ist von Anfang an zwischen Bund und Ländern verteilt. Die Kommunen sind Teil der Länder. Die Länder wissen das sehr genau und sie bestehen zu Recht darauf. Deswegen sind die Länder unsere ersten Ansprechpartner (...).

Bundesregierung unterstützt Kommunen

Im Durchschnitt ist die Finanzausstattung der Kommunen gut. Durchschnittszahlen sind das eine, die konkrete Situation das andere. Die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Teile der Republik beobachtet auch die Bundesregierung mit Sorge. Die Bundesregierung setzt daher im Rahmen ihrer Möglichkeiten Prioritäten zur Stärkung der Kommunen. Wir können jedoch nicht alle Wünsche erfüllen. Und wir können das nicht alleine machen, sondern nur zusammen mit den Ländern. (...)

Die Bundesregierung hat die Kommunen in den letzten beiden Legislaturperioden finanziell so stark entlastet wie nie zuvor. Bei den sozialen Leistungen entlastet der Bund die Kommunen um mehr als 42 Milliarden Euro in den Jahren 2011 bis 2017. Am Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige hat der Bund 5,4 Milliarden Euro alleine bis 2014 übernommen. Über die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer erhalten die Kommunen zusätzliche 2,5 Milliarden Euro in den Jahren 2015 bis 2017. (...)

Für finanzschwache Kommunen setzen wir derzeit einen Investitionsfonds auf. Der Bund stellt bis 2018 den Ländern 3,5 Milliarden Euro bereit. Die Verteilung der Mittel erfolgt nach einem Schlüssel, so dass das Geld bei denen ankommt, die es wirklich brauchen. Wir werden auch in den kommenden Jahren, also nach 2019, als Bund unserer Verantwortung für die besonders hilfsbedürftigen Regionen Deutschlands gerecht werden. Das gilt auch für die neuen Länder. Denn die

Folgen der 40jährigen Teilung Deutschlands sind nach 25 Jahren noch nicht so abgebaut, wie wir es vor 25 Jahren gehofft hatten. (...)

Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Finanzausgleich ist ein kompliziertes Thema. Dagegen ist die Quadratur des Kreises relativ leicht zu lösen. Letzten Endes ist entscheidend, dass wir, wenn der Föderalismus funktionsfähig sein soll, die finanzielle Grundordnung von Bund und Ländern in einer vernünftigen Weise regeln.

Bei der unterschiedlichen Interessenlage zwischen den einzelnen Ländern ist Einstimmigkeit untereinander, das kann man leicht erkennen, nur herzustellen, wenn sie einen Dritten finden, an den sie die Rechnung weitergeben. So kommunenfreundlich sind die Länder, dass sie die Rechnung nicht an die Kommunen geben. Da bleibt nur der Bund. Der Bund hat die schlechteste Finanzstruktur der öffentlichen Gebietskörperschaften. Er hat zwar etwas mehr Spielraum als die Länder. Aber es ist nicht so, dass der Bund grenzenlos Wünsche erfüllen kann. Ich hoffe immer noch, dass wir eine Lösung finden. Wenn wir uns nicht einigen, ist die wahrscheinlichste Lösung, dass wir den Status quo, den wir bis 2019 haben, fortschreiben. Das ist nicht das Schlechteste für den Bund (...).

Deutschland braucht leistungsfähige Kommunen und engagierte Kommunalpolitiker

Wenn wir unsere lebendige Demokratie, die wir nach dem Krieg geschenkt bekommen und danach so glücklich weiterentwickelt haben, an die nächsten Generationen weitergeben wollen, dann müssen wir aufpassen, dass wir nicht eine Gesellschaft werden, in der jeder nur noch sein Eigeninteresse verfolgt und sagt, Politik tauge nichts. Demokratie ist ein hohes Gut. Demokratie heißt auch Entscheidungen durch die Mehrheit. Entscheidungen durch die Mehrheit heißt auch Repräsentation. (...) Wenn wir das bewahren wollen, haben wir – Kommunen, Länder und der Bund – eine große Aufgabe. Die Bundesregierung jedenfalls weiß, dass ohne leistungsfähige Kommunen und ohne engagierte Kommunalpolitiker unser Land keine gute Zukunft haben wird (...).

Andrea Nahles: Große Herausforderungen meistern

Auszüge aus der Rede der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, am 11. Juni 2015 während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Die vollständige Rede wird in Kürze in der Dokumentation abgedruckt.

In Ihrem Motto weisen Sie auf das „wachsende Gefälle zwischen den Städten“, auf das zunehmende Ungleichgewicht zwischen den Städten hin. (...) Wir können uns nicht damit abfinden, dass unser Land insgesamt gut dasteht, dass die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosigkeit weiter zurückgeht, dass aber andererseits viele Regionen mit handfesten wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben und die Menschen vor Ort nicht von der insgesamt guten Lage profitieren. Hier sind wir gemeinsam gefordert – Bund, Länder und Kommunen. Denn wir sind dem Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse verpflichtet. (...)

Investitionen ermöglichen

Ein Problem, das auch Ulrich Maly benannt hat, ist ein deutlicher Rückstau bei den Investitionen. Das ist an vielen Stellen sichtbar, man denke nur an die schlechten Zustände mancher Straßen. Hier muss etwas geschehen. Und das tut es auch: Wir haben bereits Milliardenbeträge für den Kita-Ausbau zur Verfügung gestellt, für Investitionen in Forschung, für Schulen und Hochschulen. Und wir wollen die gute wirtschaftliche Lage für zusätzliche Investitionen nutzen. 10 Milliarden Euro stehen bis 2018 bereit. Und, was mir besonders wichtig ist, 3,5 Milliarden Euro für besonders finanzschwache Kommunen – Städte, die besonders viele Langzeitarbeitslose zu betreuen und mit hohen Kassenkrediten zu kämpfen haben. Im Jahr 2017 geben wir den Kommunen mit einer zusätzlichen Entlastung um 1,5 Milliarden Euro weitere Spielräume für Investitionen. Das darf zwar noch nicht das Ende der Fahnenstange sein, aber wir haben auch bereits eine Menge erreicht. (...) Mit inzwischen 20 Milliarden Euro haben wir das größte Paket zur Entlastung der Kommunen seit Jahrzehnten geschnürt. (...)

Sozialausgaben und Bundesteilhabegesetz

Kritisiert wurde, dass in der Vergangenheit die Kommunen zum Teil mit neuen Aufgaben betraut wurden, ohne einen adäquaten finanziellen Ausgleich zu organisieren. Aber wir haben kräftig angepackt, um auch hier Städten, Gemeinden und Kreisen wieder mehr Luft zu verschaffen: Die Grundsicherung im Alter trägt der

Bund inzwischen ganz. Bei den Kosten der Unterkunft hat der Bund einen sehr großen Anteil übernommen. Wir hatten zunächst auch vorgesehen, einen Teil der Eingliederungshilfe als Bund zu übernehmen. Es wurde aber inzwischen vereinbart, die Entlastung der Kommunen auf anderem Wege zu leisten. Aber: Die 5 Milliarden Euro kommen wie versprochen ab 2018.

(...) Ich glaube, dass die Eingliederungshilfe dramatisch wachsen wird – das ist absehbar und entspricht unseren Berechnungen. Die Ursache dafür ist aber durchaus positiv: Es gibt nicht pro Kopf mehr Ausgaben, sondern es nehmen mehr Menschen die Leistungen in Anspruch. Diese Entwicklung werden wir auch nicht aufhalten. Aber unbestritten entsteht daraus natürlich eine intensive Belastung – besonders für die Kommunen. Gerade deswegen werde ich noch in diesem Jahr ein Bundesteilhabegesetz vorlegen. (...) Als Sozialministerin ist es mir ein großes Anliegen, dass es uns gelingt, die Eingliederungshilfe aus der Fürsorge in ein modernes Teilhaberecht herauszuführen. (...) Wir möchten aber auch die Kostendynamik in den Griff bekommen. Und ich werde daher kein Bundesteilhabegesetz vorlegen, das Leistungsverbesserungen enthält, ohne dass ich dafür zusätzliche Mittel auch aus dem Bundeshaushalt gewinne. (...)

Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt

Ein großes Problem in vielen Quartieren ist die verfestigte Arbeitslosigkeit. Auch vielen unter Ihnen brennt dieses Thema unter den Nägeln. Diesen Sockel aufzubrechen und neue Chancen zu eröffnen, das sehe ich auch als Teil meiner Verantwortung. Die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen und Menschen soziale Teilhabe zu ermöglichen, ist für mich eine Kernaufgabe der nächsten Zeit. (...) Nicht zuletzt die Wortmeldungen aus den Städten und Kommunen haben mich veranlasst, zum ersten Mal seit vielen Jahren die Tür zu einem öffentlichen Beschäftigungssektor aufzumachen. (...) „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ ist das erste Programm, das mit der simplen Logik bricht: Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt hat oberste Priorität, sonst gibt es kein Geld. Ich halte es für sehr wichtig: Nie und niemanden aufzugeben. (...)

Sachkundige Beratung in den Foren

In aufeinander bezogenen Themenforen diskutierten die Delegierten mit externen Gästen zentrale Aspekte des diesjährigen Leitthemas

Forum A Städte im Abschwung – Städte im Aufschwung: Getrennte Welten?

Moderation: Erster Stadtrat Christian A. Geiger, Braunschweig; Podium: Oberbürgermeisterin Barbara Bosch, Reutlingen, Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages; Oberbürgermeisterin Charlotte Britz, Saarbrücken; Dr. Markus Eltges, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung; Staatssekretär Werner Gatzert, Bundesministerium der Finanzen; Prof. Dr. Henning Tappe, Universität Trier

Forum B Arme Städte – arme Bürger? Strategien für Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit angesichts unterschiedlicher Rahmenbedingungen

Moderation: Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon, Freiburg im Breisgau, Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages; Einführung: Prof. Dr. Peter Strohmeier, Ruhr-Universität Bochum; Podium: Oberbürgermeister Michael Ebling, Mainz; Staatssekretärin Ines Feierabend, Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie; Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Augsburg; Prof. Dr. Peter Strohmeier, Ruhr-Universität Bochum

Forum C Infrastrukturelle Herausforderungen der Zukunftsstadt

Moderation: Oberbürgermeister Peter Jung, Wuppertal, Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages; Einführung: Abteilungsleiter Dr. Graf Matthias von Kielmannsegg, Bundesministerium für Bildung und Forschung; Podium: Jürgen Fenske, Präsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen; Oberbürgermeister Ivo Gönner, Ulm,

Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen; Oberbürgermeister Jochen Partsch, Darmstadt; Otto Schaaf, Präsident der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA); Abteilungsleiter Dr. Graf Matthias von Kielmannsegg, Bundesministerium für Bildung und Forschung

Forum D Der demografische Wandel als Herausforderung und Chance – Wie agieren die Städte?

Moderation: Dr. Helmut Fogt, Beigeordneter des Deutschen Städtetages; Einführung: Prof. Dr. Dieter Rink, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH – UFZ, Department Stadt- und Umweltsoziologie, Leipzig; Prof. Dr. habil. Thorsten Wiechmann, Technische Universität Dortmund, Lehrstuhl für Raumordnung und Planungstheorie; Podium: Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel; Oberbürgermeister Holger Kelch, Cottbus; Prof. Dr. Dieter Rink, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH – UFZ, Department Stadt- und Umweltsoziologie, Leipzig; Prof. Dr. habil. Thorsten Wiechmann, Technische Universität Dortmund, Lehrstuhl für Raumordnung und Planungstheorie

Interfraktionelle Frauensitzung: „Diversity und Gender Mainstreaming – Konkurrenz oder Synergie?“

Einführung und Moderation: Ulrike Hauffe, Landesbeauftragte für Frauen, Bremen, Vorsitzende des Frauen- und Gleichstellungsausschusses des Deutschen Städtetages; Vortrag: Dr. Barbara Stiegler, Genderexpertin, ehemalige Leiterin des Arbeitsbereiches Frauen- und Geschlechterforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung



Die Spitze des Deutschen Städtetages empfängt den Bundesfinanzminister zur Hauptversammlung in Dresden:

Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus, Vizepräsidentin Dr. Eva Lohse, Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble, Präsident Dr. Ulrich Maly und Gastgeber Erster Bürgermeister Dirk Hilbert (v.r.n.l.)

Der Unterschied beginnt beim Namen

Wir sind den **Menschen** verpflichtet:
50 Millionen Kunden mit **50 Millionen** unterschiedlichen
Bedürfnissen. Deshalb verkaufen wir nicht einfach Finanzprodukte, sondern
erklären sie so, dass jeder Sie versteht. Da, wo unsere Kunden
sind, da sind auch wir zu Hause. Deshalb bieten wir nicht
nur Sicherheit
für ihr Geld, sondern

Unterstützung für die ganze Region.
Als Finanzierungspartner Nr.1 fördern wir das Wachstum des
Mittelstands und einen Großteil der Existenzgründungen
in Deutschland: Das sichert Arbeitsplätze. Wir entwickeln
die Lösungen
von morgen, weil wir

an Sie und die **Zukunft** glauben. Schon heute haben wir
zum Beispiel die meistgenutzte **Finanz-App**. Erleben
Sie den Unterschied. Bei Ihrer Sparkasse vor Ort und
auf www.sparkasse.de
wenn's um Geld geht - **Sparkasse**

Deutscher Städtetag



Hans Wilhelm Reiners, Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach, ist vom Hauptausschuss in das Präsidium des Deutschen Städtetages gewählt worden. Der Christdemokrat steht seit 2014 an der Spitze der Stadt und ist seitdem auch Mitglied im Hauptausschuss des kommunalen Spitzenverbandes.

Neuwahl



Deutscher Städte- und Gemeindebund: Der Bergkamener Bürgermeister **Roland Schäfer** ist seit dem 1. Juli neuer Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Er war zuletzt 1. Vizepräsident. Schäfer löst Christian Schramm, Oberbürgermeister der Stadt Bautzen ab.

Neuer 1. Vizepräsident ist der Oberbürgermeister von Norderstedt, Hans-Joachim Grote.

Wiederwahl



Gießen: **Dietlind Grabe-Bolz** wurde als Oberbürgermeisterin der Stadt Gießen wiedergewählt. Die Sozialdemokratin hat das Spitzenamt seit 2009 inne.



Frankenthal: Zum neuen Oberbürgermeister wurde **Martin Hebich** (CDU) gewählt. Er ist bisher Bürgermeister der Stadt Frankenthal und folgt am 1. Januar 2016 auf Theo Wieder (CDU), der nicht mehr zur Wahl antrat. Der langjährige Oberbürgermeister führt die Geschicke der Stadt seit 15 Jahren.



Stendal: Oberbürgermeister **Klaus Schmotz** wurde erneut im Amt bestätigt. Der Christdemokrat steht seit 2001 an der Stadtspitze.



Freiberg: **Sven Krüger** (SPD) ist zum neuen Oberbürgermeister der sächsischen Stadt Freiberg gewählt worden. Er ist bisher Bürgermeister in Freiberg und tritt sein neues Amt am 1. August an. Er folgt auf Bernd-Erwin Schramm (parteilos), der seit 2008 an der Spitze der Stadt steht und in den Ruhestand tritt.

„Städtetag aktuell“ per E-Mail

Die Publikation „Städtetag aktuell“ kann als PDF-Datei per E-Mail bezogen werden. Interessenten können sich im Internetangebot des Deutschen Städtetages unter www.staedtetag.de in der Rubrik „Publikationen“ registrieren. Alternativ können Sie das Heft auch anfordern unter mailservice@staedtetag.de.

Wirtschaft

Forum deutscher Wirtschaftsförderer

Kongress der kommunalen Spitzenverbände und des DVWE
19. bis 20. November 2015 in Berlin

Weitere Informationen unter www.difu.de

Umwelt

Klimaschutz und interkommunale Kooperation – gemeinsam statt einsam

Fachveranstaltung des Service- und Kompetenzzentrums
Kommunaler Klimaschutz
9. Juli 2015 in Fulda

Weitere Informationen unter www.klimaschutz.de

Verwaltung

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – Herausforderung und Chance für die Kommunen

Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik
8. bis 9. Oktober 2015 in Stuttgart

Weitere Informationen unter www.difu.de

Integration

Generalkonferenz der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR)

8. bis 9. Oktober 2015 in Karlsruhe

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Seminar städtischer Pressereferenten

30. September bis 2. Oktober 2015 in Landau in der Pfalz

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, Juni 2015

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Stephan Articus

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de